**Erscheint täglich**
früh 6½ Uhr.

**Redaction und Expedition**
Johannesgasse 33.

**Sprechstunden der Redaction:**
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

**Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.**

In den Filialen für Inf.-Annahme:
**Otto Klemm,** Universitätsstraße 22,
**Louis Lösche,** Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

**Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.**

**Auflage 16,950.**
**Abonnementspreis** viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

**Inserate** 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

**Reclamen** unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
**Inserate** sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

**№ 153.** **Donnerstag** den 2. Juni 1881. **75. Jahrgang.**

## Amtlicher Theil.

### Bekanntmachung.

**Revision der Landtagswahllisten betreffend.**

In Gemäßheit §. 24 des Wahlgesetzes vom 3. December 1868 sind die Listen der bei den Landtagswahlen stimmberechtigten Personen alljährlich im Juni, in Folge Verordnung des Königlichen Ministeriums des Innern vom 21. April a. c. aber dieses Jahr mit Rücksicht auf die vorzunehmenden Ergänzungswahlen spätestens bis zum 12. Juni laufenden Jahres zu revidiren.

Indem wir die Stimmberechtigten nach §. 11 der Ausführungsverordnung zum Wahlgesetz auf die jetzt stattfindende Revision der Wahllisten aufmerksam machen, bemerken wir zugleich, daß die **alten** Wahllisten für die **drei** Wahlkreise der Stadt Leipzig im Stadthause, Obstmarkt 3, I. Etage, Zimmer Nr. 87 vom 2. bis mit 11 Juni a. c. Vormittags von 8—12 Uhr und Nachmittags von 3—6 Uhr ausliegen. Gleichzeitig weisen wir aber auch darauf hin, daß den Anträgen behufs Aufnahme in die Wahllisten oder Streichung Solcher, denen das Wahlrecht nicht zusteht, die Nachweise der Wahlfähigkeit beziehentlich des Mangels der Wahlberechtigung beizufügen sind.

**Außerdem machen wir aber noch darauf aufmerksam, daß die für den I. und III. Wahlkreis** (in welchen dieses Jahr die Ergänzungswahlen stattfinden) **neu aufzustellenden Listen vor dem noch bekannt zu machenden Wahltermine nochmals sieben Tage lang zur Einsichtnahme ausgelegt werden.**

Leipzig, den 31. Mai 1881.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. R.

### Bekanntmachung.

Die Fahrbahn der Färberstraße zwischen dem Ranstädter Steinwege und der Gustav-Adolf-Straße soll mit bessirten Steinen hergestellt und diese Arbeit an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.

Die Bedingungen für diese Arbeit liegen im Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
**„Pflasterung der Färberstraße"**
versehen ebendaselbst und zwar **bis zum 10. Juni l. J., Nachmittags 5 Uhr** abzugeben.

Leipzig, den 25. Mai 1881.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Eichorius.

### Bekanntmachung,

**die Arbeitsnachweisungsanstalt und deren Filialen betreffend.**

Durch das freundliche Entgegenkommen der Herren Kaufleute
**E. Hohlfeld,** Ranstädter Steinweg 11,
**H. Unruh,** Weststraße 17,
**Julius Bachmann,** Ritterstraße 27,
**Gebr. Spillner,** Windmühlenstraße 30,
**Louis Apitzsch,** Ecke des Grimm. Steinwegs und der Querstraße und
**F. O. Reichert,** Neumarkt 42,
sind wir seit Februar d. J. in den Stand gesetzt worden, neben der Mühlgasse Nr. 7 im Hofe befindlichen Centralstelle unserer Arbeitsnachweisungsanstalt an den genannten Orten Annahmestellen für Arbeitsangebote zu errichten und haben sich die genannten Herren der damit verbundenen Mühe und Arbeit bisher dankenswerth unterzogen.

An unsere Mitbürger richten wir aber wiederum die dringende Bitte, uns durch recht ausgiebige Benutzung der von uns getroffenen Einrichtung in den Stand zu setzen, unsere schon früher ausgesprochene Ansicht, daß es besser ist, dem Armen Arbeit, als Almosen zu geben, zur Thatsache zu machen.

Leipzig, den 30. Mai 1881.

**Das Armen-Directorium.**
Ludwig-Wolf. R.

### Bekanntmachung.

Nach den Messungen des Herrn Geh. Rath Professor Dr. Kolbe betrug die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases im Monat Mai durchschnittlich das 15⅛fache von der der Normalwachskerze bei 0,486 spec. Gewicht.

Leipzig, den 1. Juni 1881.

**Des Raths Deputation zur Gasanstalt.**

### Sitzung des Aerztlichen Bezirksvereins der Stadt Leipzig

**Donnerstag, den 2. Juni, Abends 6 Uhr im Saale der Ersten Bürgerschule.**

Tagesordnung: 1) Bericht des Standes-Ausschusses über den die Pensions-Casse betr. Antrag des Dr. **Krug-Dresden.** — 2) Bericht des Sanitäts-Ausschusses über die das Geheimmittelunwesen betr. Anträge des Vereins Zwickau-Glauchau und des H. Dr. Heinze. — 3) Die Ausstattung des Sections-Locals auf dem nördlichen Friedhofe. — 4) Event. die Tagesordnung des nächsten Aerztetags (Aerztl. Ver.-Bl. März No. 107). — 5) Wahl der Delegirten zum Aerztetag.

**Dr. Plom.**

### Submission.

Die bei dem unterzeichneten **Proviant-Amte** auszuführenden Bau-Reparaturen, bestehend in **Maurer-, Zimmer-, Glaser- und Lackirer-Arbeiten** im Betrage von ca. **1100 ℳ,** sollen im Wege öffentlicher Submission vergeben werden und ist hierzu **für den 10. Juni 1881, Vormittags 10 Uhr** Termin anberaumt worden.

Hierauf Reflectirende wollen die bezüglichen Bedingungen und den **Kosten-Anschlag** im Bureau des Proviant-Amtes — Schloß Pleißenburg, Thurmhaus 1. Etage — **einsehen und ihre Offerten** bis zu obengenanntem Termine portofrei und versiegelt dahin einsenden.

Leipzig, am 31. Mai 1881. **Königliches Proviant-Amt.**
Dittrich. Schwabe.

### Freiwillige Versteigerung.

Von dem unterzeichneten Königlichen Amtsgerichte soll
**den 3. Juni 1881**
**auf Antrag des Herrn Carl Christian Philipp Tauchnitz** in Leipzig gehörige, **in Lindenau, Plagwitzer Weg Nr. 4** gelegene Haus- und Gartengrundstück Nr. 22 des Catasters, Nr. 10 und 29 des Flurbuchs und Fol. 160 des Grund- und Hypothekenbuches für **Lindenau,** welches Grundstück am 10. Mai 1881 ohne Berücksichtigung der Oblasten auf
**16,200 Mark** und zwar:
Nr. 10 des Flurbuchs 12,000 ℳ und
Nr. 29 des Flurbuchs 4,200 ℳ
gewürdert worden ist, unter den in der Gerichtsschreiberei des Königlichen Amtsgerichts Abtheilung II ausliegenden Bedingungen an hiesiger Amtsstelle **freiwilliger Weise** versteigert werden und zwar dergestalt, daß zunächst Parcelle Nr. 10 für sich, dann Parcelle Nr. 29 für sich und darauf das Grundstück als ein Ganzes ausgeboten werden wird.

Leipzig, am 11. Mai 1881.

**Königliches Amtsgericht, Abtheilung II.**
Steinberger. Gst.

## Nichtamtlicher Theil.

### Leipzig, 2. Juni.

Fürst Bismarck, der in seinen Mitteln Unerschöpfliche, geht gleichwohl sehr haushälterisch mit den Werkzeugen seiner Politik um. Er legt sie wohl vorübergehend auf dem Fechtboden nieder, aber er läßt sie nicht einrosten. Die merkwürdige Geschäftigkeit, welche die wirthschaftliche Vereinigung der „204" seit Kurzem entfaltet, ist denn auch direct auf das freundschaftliche Drängen des Reichskanzlers zurückzuführen, der sich plötzlich darauf besonnen hat, daß dieses halbvergessene „Parlament im Parlamente" doch wohl noch zu manchen Dingen zu gebrauchen sei. Die wenigsten von Denen, welche arglosen Gemüths an den jüngsten Sitzungen der „204" theilgenommen haben, mögen sich darüber klar gewesen sein, daß die geplante Zollerhöhung auf Mehl, Weintrauben und Meeraner Wollenwaaren eigentlich herzlich nebensächlich bei diesen Besprechungen oder in den Intentionen Derer waren, die sie veranlaßten, daß es vielmehr vor Allem darauf ankam, die „Vereinigung" einmal wieder zum Bewußtsein ihrer Existenz und ihrer Ziele zu bringen.

Die „204" gehören eben mit zu den Karten, mit welchen der Reichskanzler das Spiel der nächsten Wahlen zu gewinnen gedenkt, und vielleicht sind gerade sie es, mit denen Trumpf angesagt werden soll. Man erinnert sich jetzt des auffälligen Umstandes, daß die „Vereinigung" gerade in dem Augenblick zusammentritt, wo die Nationalliberalen v. Benda und Reinecke Namens ihrer Fraction erklärt hatten: „Keine neuen Steuern ohne vorhergegangene Aufhebung der Lebensmittelzölle"; diese Erklärung hatte in der Regierungssphäre ihres Eindrucks nicht verfehlt, und es wird ein halb ernst, halb ironisch gemeintes Wort des Fürsten Bismarck erzählt, daß es nämlich wohl möglich wäre, einmal „die Probe auf das Exempel zu machen, beispielsweise in der wirthschaftlichen Vereinigung selber". Vielleicht wird man finden, daß der Schachzug zu offen angesagt worden, um Erfolg zu haben, aber gerathen dürfte es immerhin sein, liberalerseits Wachsamkeit zu üben und bei Zeiten auf Gegenmaßregeln zu sinnen. Es ist bei der Zusammensetzung der „204" zu bedauern, daß Centrum und Rechte innerhalb derselben in geschlossenen Massen vertreten sind, und jederzeit ihre Fractionsselbstständigkeit auch im Rahmen der Vereinigung wahren können.

Bei den liberalen Mitgliedern trifft Das aber keineswegs zu. Hier decken sich die Fractionen nicht entfernt mit ihren Vertretern unter den „204", und es wäre sehr wohl möglich, daß Beschlüsse in der letzteren Versammlung eine empfindliche Rückwirkung auf die Festigkeit des Verbandes einzelner Parteien ausüben könnten. Das ist die Bedeutung, welche die wieder ausgegrabene Vereinigung immer nach der Absicht des Fürsten Bismarck hat. Sie soll als trennender Keil in die Reihen der Liberalen hineingetrieben werden, wie denn ja schon offen genug die Parole für die Wahlen angekündigt wird, daß die wirthschaftlichen Fragen wieder wie im Jahre 1878 in den Vordergrund gestellt werden sollen. Gegenüber diesen Aussichten und Kriegsplänen gewinnen die Gesichtspuncte an Erheblichkeit, welche nationalliberale Führer als die maßgebenden für die Wahlen betrachtet wissen möchten und welche, wie wir bestimmt hören, auch in den vertraulichen Besprechungen entwickelt wurden, die der Parteiversammlung vom Sonntag vorangingen und nachfolgten.

Es wurde in denselben betont, daß keine Nöthigung dazu vorliege, die Fragen des Freihandels und Schutzzolles als Zeichen der Parteizugehörigkeit anzunehmen und daß in Deutschland sehr wohl Dasselbe möglich sein werde, wie beispielsweise in Frankreich, wo es keine wirthschaftlichen, sondern nur allgemein politische Grundlagen für die Bildung von Fractionen gebe. In der That muß man sagen, daß, wenn es gelänge, diese Anschauung in eine, wenn auch nicht programmmäßige, so doch im Allgemeinen bindende Form zu bringen, damit für die Festigkeit der liberalen Partei innerhalb der Bevölkerung, unter den Wählern wie unter den Gewählten, Bedeutendes gewonnen wäre.

---

Fürst Gortschakoff ist in St. Petersburg wieder eingetroffen, um dem Zaren persönlich seine Huldigung darzubringen. Man ist in Rußland sehr gespannt auf das Zusammentreffen desselben mit dem Minister des Innern, Grafen Ignatieff. Zwischen diesen beiden hochgestellten Persönlichkeiten besteht schon seit Jahren ein scharf ausgeprägter Gegensatz; dem Grafen Ignatieff, der während des Türkenkrieges dem Hauptquartier attachirt war, gelang es damals vollständig, den politischen Einfluß des Reichskanzlers lahmzulegen, und das Ohr des Kaisers dem Rathe Fürst Mißtrauen von Seiten des Fürsten Gortschakoff zu verschließen. Die Bedingungen des Friedens von San Stefano waren ein Triumph Ignatieff's. Fürst Gortschakoff war bekanntlich auf dem Berliner Congresse gezwungen, sich manche der Errungenschaften Ignatieff's aus den Händen winden zu lassen. Jetzt werden sich die beiden Gegner zum ersten Male wieder persönlich einander gegenüber treten. Ueber Ignatieff bringt der Petersburger Berichterstatter der „Badischen Landeszeitung", den man in sehr hohen Kreisen sucht, den folgenden interessanten Bericht:

Graf Ignatieff regiert erst kurze Zeit, erst ein einziger Erlaß von ihm ist erschienen, und doch ist betreffs in den dem Hofe sonst am nächsten stehenden Kreisen eben so sehr, wie im Lande jenes Gefühl eingetreten, das die Türken im Jahre 1876 bis 77 so gut kennen lernten und das damals Midhat Pascha mit der Seekrankheit verglich. Das Staatsschiff schaukelt gewaltig, und nur zu leicht können die Fluthen über Bord schlagen. Diesem Steuermann aber traut außer dem Zaren Niemand, nicht einmal die Partei, an die er sich anlehnt, um emporzusteigen, die Panslavisten. Ignatieff hat von jeher seine Interessen in denen des Herrschers gefunden, aber er hat sie auf echt russische zu erreichen gesucht: er sucht immer der einen Partei die andere als Gegnerin und Hemmschuh ihres Glückes darzustellen und so eine durch die andere zu vernichten. Er bedarf der Panslavisten und möchte aus ihnen etwa das machen, was man im Westen eine Regierungsmehrheit nennt.

Die Partei des Hrn. Iwan Aksakoff schwärmt für einen großen freien Bruderbund der Slaven, in dem es keinen Standesunterschied mehr giebt, und das giebt Hrn. Ignatieff das Mittel in die Hand, auf die Beseitigung der bei der Ablösung des Bauernlandes in Frage kommenden Vorrechte des Adels mit Erfolg hinzuwirken, während den Bauern gesagt wird, der Großgrundbesitzer sei das Hemmniß für ihre Freiheit, die ja der Zar ganz gerne ihnen gewähren würde. In Folge Dessen findet jetzt eine wahre Flucht der Aristokratie von Petersburg und vom Hofe weg statt, den ein Ignatieff beherrscht und den die Bomben des wieder neu gebildeten Executivcomités bedrohen. Sie brandmarkten neulich, vor etwa drei Wochen, meine Mittheilung, daß der Zar bis ins Innerste des Schlosses von Gatschina von den Nihilisten bedroht sei, und glaubten das Ungeheuerliche der Sache nicht verbreiten zu dürfen. Jetzt hat sich die Wahrheit erwiesen, indem selbst Ordonnanzofficiere, deren Treue der Zar beschworen hätte und die wiederholt verhaftet waren, verhaftet wurden. Einer derselben wurde verhört und gefragt, ob er nicht ein Attentat auf Se. Majestät im Sinne gehabt und gelegentlich ausgeführt haben würde, worauf er ruhig entgegnete, noch sei das Todesurtheil über den Zar nicht verhängt gewesen. Seit Pobedonoszew unmittelbar bei Allem mitwirkt, wird stets das religiöse Moment bei jeder Handlung eifrig betont und so wurde auch jener Officier der Marine, dessen Schulzeugnisse auf frühere fromme Religiosität hindeuteten, befragt, ob er nicht an Gott, die Ewigkeit und den Himmel gedacht habe. Der kaum 23jährige junge Mann lachte hell auf und versetzte mit düsterem Blicke: „Himmel? Der Himmel ist für die Mächtigen, denen die heilige Sunde ihn verschafft; der arme Mann und dem Volke bot nur seine Noth, sein Elend und seine Rache, und damit kann er nicht in den Himmel kommen." Klingt es nicht wie ein in lauter Verzweiflung (vielleicht ob des Elends von nach Sibirien verschickter Verwandten) untergegangener und doch noch nicht erstorbener Glaube durch diese Worte? Welcher Haß gegen die heilige Synode, Pobedonoszew's Domäne, die gerade wieder sich daran machen will, die diesem nicht zur orthodoxen Staatskirche gehörigen Secten der Raskolniki, der Starowerzy, der Prowoslawnije ꝛc. ꝛc. zu vernichten.

Der Nihilismus rekrutirt sich zum großen Theile aus den Secten, folglich geht der zum Minister gewordene Vertreter des Panslavismus vorläufig mit der Staatskirche und sucht die zu dieser zählende Mehrheit der Landbevölkerung dadurch um den Zar zu scharen, während er ihnen Versprechungen macht mit dem Bedeuten, dieselben erst ausführen zu können, wenn der Herrscher seine ungläubigen Feinde mehr habe. Um die vergeblich Harrenden zu beschäftigen, erlaubt er denselben, einstweilen die „Ungläubigen" zu beseitigen und mit den Juden den Anfang zu machen, worauf auch die griechischen Secten an die Reihe kommen, wie der Draht denn auch bereits gemeldet hat, daß ganze Dörfer, mehr als vierzig, die nicht blos von Juden bewohnt waren, rein ausgeplündert worden sind. Und wenn einmal der Bauernstand die Grundbefreiung entschieden verlangen wird, dann wird er ihm mit Achselzucken den Adel als Hinderniß dafür bezeichnen, und auch dann ruhig zusehen, wenn es wieder Mordscenen in den herrschaftlichen Schlössern giebt, wie in den dreißiger und fünfziger Jahren. So denkt er das Land zu beschäftigen, bis der panslavistische Staat fertig ist, und wenn er eines Tages aus den inneren Wirren keinen Ausweg mehr weiß, dann wird er eben so ruhig wieder an sein Lieblingsziel, die Zerstörung Oesterreichs, gehen und eine Ablenkung nach außen versuchen.

---

Der diesjährige Geburtstag Kaiser Wilhelm's hat, wie der „Allg. Ztg." aus guter Quelle berichtet wird, zu einem Briefwechsel zwischen dem heiligen Vater und dem Kaiser Anlaß gegeben. Der Papst hat dem Kaiser in warmen Worten seine Glückwünsche dargebracht, zugleich von Neuem der Mission gedenkend, welche ihm — dem Papste — zur Wiederherstellung kirchlichen Friedens obliege. Kaiser Wilhelm hat in herzlicher Weise diese Wünsche erwidert und seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, daß zunächst in den Diöcesen Paderborn und Osnabrück eine geordnete Diöcesanverwaltung wieder hergestellt ist, daran aber Vorschläge wegen einer analogen Regelung in den Diöcesen Trier und Fulda geknüpft. Welche Stellung die römische Curie zu dieser Anregung eingenommen hat, darüber ist noch Nichts bekannt geworden, wohl aber wird man darauf rechnen dürfen, daß diesem directen Meinungsaustausch zwischen den höchsten Trägern der weltlichen und der geistlichen Macht weitere Schritte einer gegenseitigen thatsächlichen Annäherung zur Anbahnung friedlicher Beziehungen zwischen Staat und Kirche folgen werden.

Wie es heißt, werden von den seitens Bremens ernannten Bevollmächtigten gegenwärtig die Vorschläge ausgearbeitet, welche bei den mit der Reichsregierung zu führenden Verhandlungen über den Zollanschluß als Grundlage dienen sollen.

Fürst Karl Isenburg-Birstein, der neulich in Berlin dem tagenden social-conservativen Congresse präsidirte und für dessen jüngste Schrift: „Was rettet die Gesellschaft?" soeben die „N. A. Z." die Pathenstelle gegenüber der Oeffentlichkeit übernimmt, hat schon vor etwa 5 Jahren einmal in dem bekannten ultramontanen Verlage von Franz Kirchheim zu Mainz ein paar politische Broschüren: „Die Parteien im deutschen Reichstag" und „Die reformatorische Aufgabe des Reichstags" erscheinen lassen, die damals rasch einer verdienten Vergessenheit anheimfielen, jetzt aber in eine voraussichtlich kurzlebige Erinnerung gebracht werden. Der im Beginn der sechziger Jahre von der evangelischen zur katholischen Kirche übergetretene Standesherr machte in diesen Schriften den damals noch von der „Kreuzztg." als nicht ausführbar und dem Wesen der Gesammtheit des Staates widersprechend bezeichneten Vorschlag, den Parlamentarismus vollständig durch eine Vertretung von Interessenten-Gruppen zu ersetzen. Als eine nothwendige Vorbedingung seines Systems stellt der Fürst eine „kräftige Regierung", d. h. nicht ein „modernes" Ministerium, sondern ein „persönliches Regiment des Monarchen" hin, auch fügt er am Schluß seines zweiten Werkchens hinzu: „Die Entwickelung der Dinge im letzten Jahre (1878) machte überhaupt auf uns den Eindruck, als ob der Anstoß zur politischen Reform auch auf dem wirthschaftlichen Gebiete werde gegeben werden, da die heutige Nothlage die Menschen immer mehr von der Verfolgung politischer Theorien ablenkt und sie zur Beschäftigung mit den wirthschaftlichen Interessen hinführt. Jedenfalls ist diese Veränderung in der Zeitstimmung eine große Verbesserung, weil sie gegründete Veranlassung zur Hoffnung giebt, daß man sich endlich wieder in der inneren Politik mit realen Verhältnissen beschäftigt, welche ja allein die Basis einer gesunden Organisation der Gesellschaft sein können." Man sieht, daß der fürstliche Politiker, der durchaus kein Politiker sein will, immerhin die genügende Befähigung besitzt, um Versammlungen von so wunderlicher Tendenz wie der social-conservative Congreß zu leiten. Es steckt Methode in allen diesen Spielereien, aber es ist jene Methode des Unsinnes, von der Shakespeare spricht.

Die Wiener Socialdemokraten rühren sich wieder und scheinen es namentlich darauf abzusehen, die Volksversammlungen und sonstigen Demonstrationen, welche die deutschliberale Partei gegen die gegenwärtige Regierung in Scene setzt, im socialdemokratischen Sinne auszunützen. Das ist zumal gelegentlich der jüngsten „liberalen" Volksversammlung in Dreher's Bierhalle geschehen, wo die Socialdemokraten, Dank der sehr lauen Theilnahme seitens der deutschliberalen Partei, vollständig das politische Terrain beherrschten. Aus diesem Grunde vermochten die Liberalen auch gar keine Anträge zu stellen und mußten auch die Fassung der Schlußresolution dem Socialdemokraten Zinner überlassen. Ueberhaupt wußte die geringe Zahl der anwesenden Liberalen nichts Besseres zu thun, als sich kopfüber den Socialdemokraten anzuschließen, was den „Liberalismus" der Wiener „Bürgerpartei" im kläglichsten Lichte erscheinen ließ. Es sprachen fast nur Socialdemokraten unter frenetischem Beifall ihrer Gesinnungsgenossen. Nur der bekannte extreme Reichsrathsabgeordnete v. Schönerer fand Gnade in den Augen der rothen Gesellschaft und ward als der „einzige" Abgeordnete im Reichsrathe bezeichnet, der für die Arbeiter ein Herz habe. Die vom Socialdemokraten Zinner gegen Lienbacher's Antrag vorgeschlagene Resolution lautete: „Die Versammlung spricht die Erwartung aus, das Herrenhaus werde den vom Abgeordnetenhause zum Beschlusse erhobenen Antrag Lienbacher's bezüglich Herabminderung der Schulpflicht neuerdings ablehnen." Sämmtliche Liberalen und Socialdemokraten stimmten dafür, worauf die Versammlung geschlossen wurde. Wie man hört, sind von den Führern der Wiener Socialdemokraten auch an ihre Parteigenossen nach den Provinzen Weisungen ergangen, dortige liberale Volksversammlungen und Demonstrationen im socialdemokratischen Sinne auszunützen.

Der Kaiser Franz Josef hat ein eigenhändiges Schreiben an den Ministerpräsidenten gerichtet, in welchem er seine volle Anerkennung über die zum Empfange des kronprinzlichen Paares in Prag getroffenen Vorbereitungen ausspricht und gleichzeitig seinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck giebt, einen Theil der beabsichtigten Festlichkeiten im Namen des kronprinzlichen Paares dankend ablehnen zu müssen, weil der Gesundheitszustand der Kronprinzessin nach dem Ausspruche der Aerzte gerade jetzt besondere Schonung erheische und ihr nicht gestatte, an anstrengenden, ermüdenden Feierlichkeiten theilzunehmen. Da aber das kronprinzliche Paar wünscht, sich möglichst bald nach Prag zu begeben, so ordnet der Kaiser an, daß von einem feierlichen Einzuge des kronprinzlichen Paares in Prag abzusehen sei und daß bei der Ankunft desselben daselbst am Mittwoch, den 8. Juni, jeder wie immer geartete officielle Empfang zu unterbleiben habe.

Trotz eines Dementi der officiellen „Wiener Zeitung" bezüglich des Verbleibens des schlesischen Landespräsidenten v. Summer auf seinem Posten kommen die polnischen Lemberger Blätter abermals auf diese neueste „schlesische Landespräsidenten-Frage" zurück. Die polnischen Journale verlangen „nachdrücklich", daß den Polen Schlesiens endlich ihr „nationales Recht" werde, was so lange illusorisch bleibe, als ein deutscher Landespräsident in Schlesien sei. Schlesien, heißt es schließlich, sei geschichtlich und national ein slavisches, überwiegend polnisches Land, wo die deutschen Einwanderer endlich aufhören müßten, die Herren zu spielen. Unter solchen Umständen dürfte also vielleicht doch noch der Pole und galizische Statthalterei-Rath v. Zaleski schlesischer Landespräsident werden.

Das Tagesereigniß in Paris ist die Wahl des Senats-Ausschusses für die Listenwahl. Das Gambettistische Lager ist in großer Aufregung; seine Organe drohen dem Senat mit Unpopularität, mit Verfassungsrevision, mit Unterdrückung des Senats, Drohungen, die, abgesehen von ihrer absoluten Unausführbarkeit, um so ungeschickter sind, als Gambetta selbst erst beim Bankett in Cahors das Lob des Senats gesungen und sich gegen jede Verfassungsänderung ausgesprochen hat. Man tröstet sich im Lager Gambetta's mit der Hoffnung, daß der Senat im letzten Augenblick vor der Größe des Conflicts zurückschrecken werde und daß schließlich 117 Stimmen noch nicht die Senatsmajorität seien; doch scheint diese Hoffnung eine eitle. — „Paix" sagt, die Cahorser Reise habe dem Senat die Gefahren der Listenwahl vordemonstrirt; das ist die richtige Erklärung der Haltung des Senats. Gambetta sieht jetzt selbst ein, welch schwerer politischer Fehler sein Triumphzug war, ehe er das Scrutingesetz definitiv unter Dach gebracht hatte. Er trifft übrigens bereits strategische Anstalten für den Fall der Niederlage, indem er die „République Française" erklären läßt, er denke nicht daran, die Regierung zu übernehmen, falls die nächste Kammer aus Bezirkswahlen hervorgehe.

Die Zustände in Irland nehmen einen immer bedrohlicheren Charakter an, und die Regierung scheint endlich einzusehen, daß es hohe Zeit ist, die Agrarliga gänzlich zu unterdrücken. Der Hauptorganisator derselben, Kettle, ist denn auch verhaftet und in Kummer Sicher untergebracht worden. In Michelstown in der Grafschaft Cork sollten neulich einige zwanzig, mit ihren Zahlungen im Rückstand befindliche Pächter gewaltsam von ihren Anwesen entfernt werden. Den Gerichtsvollstreckern waren circa 600 Mann Truppen und Gendarmen zur Bedeckung beigegeben worden, eine Escorte, die bei der verhältnißmäßig geringen Einwohnerzahl von Michelstown allen Angriffen gewachsen schien. Kaum schickten sich jedoch die Gerichtsvollzieher an, die renitenten Bauern zu exmittiren, so ertönten von allen Glocken Signale, und ehe eine halbe Stunde vergangen war, hatten sich an 15,000 Männer eingefunden, die eine so drohende Haltung annahmen, daß Gerichtsvollstrecker, Truppen und Gendarmen es für angezeigt hielten, den Rückmarsch anzutreten. Dergleichen kommt keineswegs vereinzelt, sondern fast täglich vor. Dabei spielt Brandstiftung neuerdings ebenfalls eine gewisse Rolle, und in der Nähe von Cork wurden acht Häuser, deren Eigenthümer sich bei der Landliga mißliebig gemacht hatten,

SLUB
Wir führen Wissen.